

ANTRÄGE

1) Ampelschaltung für RechtsabbiegerInnen

GR. **Eber** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

In den letzten Monaten wurden im Zuge von Um- und Neugestaltungen von Kreuzungsbereichen VLSA dermaßen geschaltet, dass RechtsabbiegerInnen „rot“ haben, auch wenn der Querverkehr ebenfalls „rot“ hat – nur die parallel gehenden Fußgänger haben (durch Druckknopfampel) „grün“.

Ein Beispiel hierfür ist die neu gestaltete Kreuzung Lagergasse/Karlauer Gürtel. Will man von der Lagergasse kommend südlich in den Karlauer Gürtel einbiegen, scheitert dies im Regelfall durch den starken Verkehr. Wird der Querverkehr am Karlauer Gürtel durch die Fußgeherdruckknopfampel angehalten, schaltet sich auch für die von der Lagergasse Kommenden eine rote Ampel dazu. Hält man vorschriftsmäßig vor der Haltelinie, hat man keine Chance, sich vor dem Querverkehr einzuordnen.

Die StVO regelt umfassend, wie sich Rechtsabbieger zu verhalten haben. Eine zusätzliche Ampel trägt eher zu vermeidbarem Stress und Unsicherheit bei.

Daher stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g :

Die zuständigen Abteilungen werden ersucht, anstelle von derartigen Ampelschaltungen nach Alternativen zu suchen und diese umzusetzen, beispielsweise durch die ersatzlose Entfernung der zugeschalteten Rechts-Abbieger-rot-Ampeln, oder durch den Ersatz durch orange blinkende Ampeln.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

2) Einbahnregelung Hohenstaufengasse – Kärntner Straße – Staatsbahnstraße – Lazarettgürtel

GR. **Eber** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Beim von Hohenstaufengasse, Kärntnerstraße, Staatsbahnstraße und Lazarettgürtel begrenzten Quartier handelt es sich um ein relativ abgeschlossenes Wohngebiet, das nur über die Hohenstaufengasse erschlossen wird. Die Straßen in diesem Gebiet sind relativ schmal, Parken ist dadurch nicht möglich, auch der Begegnungsverkehr gestaltet sich durch diese Enge oftmals schwierig.

Daher stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g :

Die Abteilung für Verkehrsplanung der Stadt Graz wird ersucht, für dieses Gebiet eine vernünftige Einbahnregelung zu erstellen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

3) Errichtung einer Parkfläche für einspurige Kfz im Bereich der ATG-Halle

GR. Mag. **Fabisch** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Die AnrainerInnen der ATG-Halle sind verärgert: Einspurige Kfz verstellen die raren Parkplätze, indem sie unregelmäßig die Flächen einnehmen, für die die AnrainerInnen ja ihre Jahresgebühr entrichten.

Durch das Kreuz-und-quer-Parken von Mopeds und Motorrädern gehen viele Flächen verloren. Ein eigener Abstellbereich für einspurige Kfz, die nur auf dieser Fläche (und das in geordneter Reihung) geparkt werden dürfen, könnte Erleichterung für die AnrainerInnen schaffen.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g :

Die betreffenden Stellen werden ersucht, für den Bereich im Umfeld der ATG-Halle eine Lösung im Sinne des Motivenberichts zu finden.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

4) Sicherer Fußgängerübergang für Mariatroster Straße/Eschengasse

GR. Mag. **Fabisch** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Im Bereich der Kreuzung Eschengasse/Mariatroster Straße wurde eine neue Wohnanlage errichtet, eine weitere in der Eschengasse ist in Bau. Gegenüber befindet sich der Billa-Markt.

Die Straße wird täglich von vielen Leuten überquert – in Ermangelung des Zebrastreifens ein Risiko. Die baldige Errichtung eines Fußgängerübergangs wäre höchst wünschenswert.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g:

Die Stadt Graz beauftragt die zuständigen Stellen, an besagter Kreuzung eine sichere Übergangsmöglichkeit einzurichten.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

5) Zusätzlicher Ausbildungsstandort für Kindergartenpädagogik in Graz

GR. Mag. **Fabisch** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Die Bedeutung der vorschulischen Erziehung und Bildung ist längst kein Geheimnis mehr: Der Kindergarten ist die erste prägende pädagogische Einrichtung für das Kleinkind und es ist selbstverständlich, dass auf die Ausbildung der dafür zuständigen ErzieherInnen/PädagogInnen großer Wert gelegt wird.

Es ist eine bekannte Tatsache, dass viele der AbsolventInnen für Kindergartenpädagogik nicht in diesen Beruf einsteigen, sondern durch weitere Ausbildungen, z.B. an Uni oder FH, zusätzliche Studien bzw. Berufsmöglichkeiten anstreben und dann eher selten zur Kindergartenpädagogik zurückkehren – zumal das hier zu erwartende Gehalt zur Attraktivität dieses wichtigen Berufs nicht viel beiträgt. Um zukünftige Engpässe zu vermeiden (Stichwort: zweites verpflichtendes Kindergartenjahr), gilt es, mehr jungen Menschen diese hervorragende Ausbildung zu ermöglichen, d. h. in Graz einen zweiten Ausbildungsstandort einzurichten – und diesen Beruf auch finanziell attraktiver zu machen.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g :

Die verantwortlichen Stellen der Stadt Graz werden ersucht, mit dem Bundesministerium für Bildung und Frauen über einen zweiten Standort einer Bundesbildungsanstalt für Kindergartenpädagogik in Verhandlungen zu treten.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

6) Psychotherapie anstelle von Psychopharmaka

GR.ⁱⁿ **Heinrichs** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Am 17.09.2013 gab es aus meiner Richtung einen Antrag in Form einer Petition an den

Bundesgesetzgeber des Inhalts, die Voraussetzungen für die Behandlung psychisch kranker Menschen gegen Kassenverrechnung und ohne lange Wartezeiten schaffen zu wollen.

Seit dieser Zeit hat sich an der sehr problematischen Gesamtsituation auf diesem Gebiet nichts geändert. Ganz im Gegenteil:

Diversen regelmäßigen Medienberichten zufolge sind eine steigende Anzahl psychisch Erkrankter, damit einhergehend oft lange Phasen der Berufsunfähigkeit und frühzeitige Pensionierungen, zu verzeichnen. Es ist ein Faktum, dass das weit verbreitete Leiden an seelischen Krankheiten auch zum Wirtschaftsfaktor im negativen Sinne geworden ist.

Den ausführlichen Schilderungen der komplexen Problematik in einem Journal-Panorama (10.12.2015) in Ö1 bzw. einem diesbezüglichen Artikel im Kurier (16.12.2015) nach, möchte ich hiermit mein Anliegen, wonach der einfachste Zugang zur Psychotherapie auf Kassenersatz für alle Menschen gewährleistet sein soll, wiederholen und Nachdruck verleihen. Die ärmsten Mitmenschen in der Hierarchie der Gesellschaft Österreichs leiden unter der Kompliziertheit des Zugangs am meisten.

Im Wesentlichen wird in den besagten Berichten Folgendes dargelegt:

2009 waren 900.000 Menschen in Österreich wegen psychischer Symptome in ärztlicher Behandlung. Tendenz steigend. Die meisten PatientInnen erhalten Psychopharmaka, vor allem Antidepressiva. Psychische Erkrankungen verursachen die längsten Krankenstände (laut Sozialminister Hundstorfer: 3,5 Milliarden Euro Kosten aufgrund von Firmenausfällen) und führen als häufigste Gründe zu Frühpensionierungen.

Ein wesentlicher, sehr bedenklicher Aspekt ist die Tatsache, dass immer mehr junge Menschen mit psychischen Problemen Schule und Ausbildung abbrechen und somit den Einstieg in den Arbeitsmarkt gar nicht erst schaffen.

Haben sich Erkrankte endlich dazu entschlossen, eine Therapie zu beginnen, ergeben sich zu oft bürokratische Hindernisse bis hin zu langen Wartezeiten.

Die Komplexität der Gründe dafür hier darzulegen, würde den Rahmen sprengen.

Allerdings erlaube ich mir diese vereinfachte Darstellung:

Die 22 verschiedenen Sozialversicherungsträger Österreichs „einigen“ sich in unterschiedlichen Abkommen mit diversen Therapieeinrichtungen (in der Steiermark sind das 17 Vertragspartner) auf beschränkte Kontingente, wobei es bislang nicht einmal möglich war, ein einheitliches Antragsformular für alle Versicherungsträger zu gestalten. In der Folge ergeben sich intransparente, umständliche Regelungen (auch für TherapeutInnen), nicht selten werden Kriseninterventionszentren eingeschaltet, um PatientInnen und TherapeutInnen zusammenzuführen.

Wenn zur Krankheit massive bürokratische Hürden kommen, so bedeuten diese Zusatzbelastungen, die oftmals zur Entscheidung führen, auf eine Therapie zu verzichten. Stattdessen bemüht man sich – der Einfachheit halber - um die Verschreibung von Medikamenten, welche immerhin auf Kassenkosten zu erhalten sind.

Knapp eine Million Menschen nehmen jährlich Kassenleistungen wegen psychischer Erkrankungen in Anspruch, ein Großteil davon entfällt auf Psychopharmaka. Das entspricht einem Zuwachs von 31% an Ausgaben für Psychopharmaka zwischen 2006 und 2013 (Quellen: Donau-Universität Krems, IMS Health, PVA, ÖGPP).

Anders gesagt: Die Verschreibung von Psychopharmaka boomt.

Es kommt dazu, dass aus verschiedensten Gründen viele Medikamente wiederum entsorgt werden. Laut ExpertInnenmeinung könnte also unter anderen Voraussetzungen ein Viertel der Finanzierung hier eingespart und für Psychotherapie

verwendet werden.

Bei Investition in flächendeckende Psychotherapie könnten weiters andere Bereiche des Gesundheitsapparates (Versorgung in Ambulanzen - 24%, stationäre Versorgung - 37%) entlastet werden. Desgleichen das Pensionsversicherungssystem.

Noch ein Beispiel für den allgemeinen volkswirtschaftlichen Aspekt: Nicht selten kommt es nach einem längeren Krankenstand zur Kündigung, womit das AMS auf den Plan gerufen ist.

Die einheitliche Psychotherapieversorgung in Österreich findet sich nicht nur als gesetzliche Vorgabe, sondern auch im Programm der aktuellen Bundesregierung und in den Rahmenbedingungen für die Gesundheitsreform. Die Gesamtproblematik ist also bewusst, die Umsetzung weiterhin fraglich. Es fehlt nach wie vor der längst ausstehende Gesamtvertrag zur Vereinfachung jeglicher Vorgehensweise.

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag:

Damit die Behandlung aller psychisch erkrankten Menschen gegen Kassenverrechnung nach dem Sachleistungsprinzip und ohne lange Wartefristen möglich gemacht wird, tritt die Stadt Graz an den Bundesgesetzgeber in Form einer Petition heran: Zur bürokratischen Erleichterung und Zugangsvereinfachung soll in Zusammenarbeit mit den Sozialversicherungsträgern entsprechend dem aktuellen Regierungsprogramm ein Gesamtvertrag für eine bundesweit einheitliche Vorgehensweise ausgearbeitet werden.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

7) Günstige Kohlenmonoxid-Melder

GR. **Sikora** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Das Heimtückische an Kohlenmonoxid ist, dass es vom Menschen nicht wahrgenommen werden kann: Es ist unsichtbar, geruchlos und geschmacklos. CO-Melder warnen rechtzeitig und schützen so vor den folgeschweren Konsequenzen einer Kohlenmonoxid Vergiftung. Erst am 14. Jänner verstarb in der Harter Straße eine 78-jährige Frau infolge einer Kohlenmonoxid-Vergiftung. Der internationale Feuerwehr-Verband empfiehlt seit langem, Haushalte mit Kohlenmonoxid-Meldern auszurüsten.

Daher stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g :

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht, Kohlenmonoxid-Melder in größeren Mengen zu erwerben und diese so günstig wie möglich an die Bevölkerung weiterzugeben. Über die Berufsfeuerwehr, in den Servicestellen der Stadt und im Rathaus sollen CO-Melder gegen Vorlage des Meldezettels für Grazerinnen und Grazer wesentlich billiger als im Einzelhandel zu haben sein.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

8) Ampelschaltung Grillweg

GR.ⁱⁿ **Katholnig** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

In der Kärntner Straße ist im Kreuzungsbereich Grillweg vom Süden her kommend noch immer keine „Linksabbiege-Ampel“ installiert, was zu ständigen Staus führt und zur Folge hat, dass die AnrainerInnen unter einer enormen Lärm- und Luftbelastung leiden.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher den

A n t r a g :

Die zuständigen Abteilungen werden ersucht, gemäß Motivenbericht die Realisierung einer Linksabbiege-Ampelschaltung im Bereich Kärntner Straße/Grillweg zu überprüfen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

9) Errichtung eines internen Kontrollsystems

GR. **Hötzl** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Im konkreten Fall hat ein in Konkurs befindliches Unternehmen, das in Geschäftsbeziehungen zur Stadt Graz bzw. zu Gesellschaften der Stadt Graz steht, Anlass zu gegenständlichem Antrag gegeben. Beispielgebend sei angeführt:

Die Stadt Graz ist Gläubiger des gegenständlichen Unternehmens aufgrund vorgenannter Geschäftsbeziehungen und hat diese Schuld auch geltend gemacht. Es steht aber zu erwarten, dass die aushaftende Summe wohl abzuschreiben sein wird. In einem anderen Zusammenhang hat eben dieses Unternehmen eigene Leistungen gegenüber der Stadt Graz und ihren Gesellschaften geltend gemacht. Es wäre nun sinnvoll gewesen, beide Forderungen gegeneinander aufzurechnen und somit die Interessen der Stadt Graz zu wahren. Persönliche Nachfrage bei den zuständigen Stellen hat ergeben, dass ein derartiges Monitoringsystem bei der Stadt Graz und ihren Gesellschaften nicht existiert. Im Interesse des Steuerzahlers sollten Zweigleisigkeiten vor allem im Zusammenhang mit insolvent gewordenen Geschäftspartnern vermieden werden.

Aus diesem Grund ergeht namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachfolgender

A n t r a g :

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht, ein internes Kontrollsystem zum Zwecke der Vermeidung von Zahlungsausfällen durch konkursgefährdete Unternehmen zu erarbeiten und das Ergebnis dem Gemeinderat noch in der ersten Jahreshälfte 2016 vorzulegen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

10) Erarbeitung von Klimaanpassungs-Strategien für die Grazer Waldbewirtschaftung

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Die Leitlinien zur Waldbewirtschaftung der Stadt Graz sehen vor, dass sich die Baumarten-Zusammensetzung in den städtischen Wäldern an den natürlichen Waldgesellschaften – im Fall von Graz standortgerechten Mischwäldern – orientiert. Der Klimawandel ist in den Leitlinien bis dato trotz der bereits spürbaren Auswirkungen noch kein explizites Thema.

Hinter der Buche und der Kiefer nimmt die Fichte mit 12,67 % Platz 3 der Baumarten in den Wäldern im Grazer Stadtgebiet ein. Die durch den fortschreitenden Klimawandel bedingten milden Winter begünstigen die Vermehrung der Borkenkäfer. Um die Schadholzentwicklung zu minimieren, waren schon in den letzten Jahren Eingriffe in die alten Fichtenbestände in den Grazer Wäldern notwendig.

Der Klimawandel macht also auch vor den Grazer Wäldern nicht halt. Der heiße und trockene Sommer 2015 lässt bei den Grazer Förstern bereits die Alarmglocken schrillen. Sollte es nicht noch zu einer längeren Kälteperiode kommen, werden im Jahr 2016 leider massive Eingriffe in den Fichtenbestand notwendig sein. Eine Überarbeitung der Grazer Leitlinien zur Waldbewirtschaftung im Sinne von Klimaanpassungsstrategien ist daher dringend erforderlich.

Daher stelle ich namens des grünen Gemeinderatsklubs - ALG folgenden

A n t r a g :

Die zuständigen Abteilungen der Stadt Graz mögen,

1. Klimaanpassungs-Strategien für den Grazer Waldbestand entwickeln, diese in die Grazer Leitlinien für Waldbewirtschaftung integrieren und zum nächstmöglichen Termin im Grazer Naturschutzbeirat präsentieren.
2. Weiters soll dafür Sorge getragen werden, dass sich auch die privaten WaldbesitzerInnen des Problems bewusst werden und ihre Waldbewirtschaftung entsprechend adaptieren.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Damit ist die ordentliche öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Landeshauptstadt Graz beendet.

Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl schließt die Sitzung des Gemeinderates um 17.25 Uhr.

Die Vorsitzenden:

Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ Martina Schröck

Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Gerhard Rüsck

Der Schriftführer:

Die Schriftprüferin:

Wolfgang Polz

GR.in Waltraud Haas-Wippel, MA

Protokoll erstellt: Heidemarie Leeb